

Augsburg, 22.10.09

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Stefan Kiefer
Rathaus 4. Stock (Lift)
86150 Augsburg
Telefon (0821) 324-2150
Telefax (0821) 39444
info@spd-fraktion-augsburg.de
www.spd-fraktion-augsburg.de

Pressemitteilung

Schulwegdiskussion: Der Bildungsreferent schweigt

Bahr: „Dabei liegt die Lösung auf der Hand!“

Die SPD-Stadtratsfraktion schaltet sich nun aktiv in die Diskussion um die Kostenfreiheit für den Schulweg von Haunstetten zum St. Anna-Gymnasium ein. Eine Reihe von Schülerinnen und Schüler leiden unter der Entscheidung des Schulverwaltungsamtes, nur noch eine Schülerjahreskarte der Preisstufe 1 der AVG zu bezahlen, anstatt wie bisher die Karte der Preisstufe 2.

„Für die Schülerinnen und Schüler hat dies zur Folge, dass sie über 45 Min. für ihren Schulweg brauchen und bis zu 3 Mal umsteigen müssen. Eine absolute Zumutung“, findet Christa Stephan, stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion und Stadträtin aus Haunstetten.

Trotz der Aktualität dieser Problematik ist aus dem Schulreferat nichts zu hören.

„Die Auffassung des Schulverwaltungsamtes, wonach sie selbst aufgrund der Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus keinen Ermessensspielraum haben, ist bekannt. Es ist auch nicht Aufgabe eines Amtes, sondern der Politik in so einem Fall Lösungen zu finden. Doch Schulreferent Köhler schweigt, anstatt Vorschläge zu machen“, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ulrike Bahr.

„Deswegen hat meine Fraktion nun einen Antrag gestellt, der die Verwaltung auffordert zu überprüfen, welche Kosten anfallen würden, wenn die Stadt in den gegebenen Fällen den Mehrbetrag für eine Jahresschülerkarte der Preisstufe 2 übernehmen würde“, erläutert Bahr im Weiteren.

„Bei dem Differenzbetrag sprechen allenfalls über gut 100 Euro pro Schüler und Jahr. Das kann das Schulreferat ohne Probleme aus seinem Budget finanzieren, was nicht nur verhältnismäßig, sondern auch bürger- und familienfreundlich wäre“, so Bahr.

„Die Lösung liegt somit auf der Hand und könnte ohne große Probleme rasch umgesetzt werden. Wir hatten unter Rot-Grün in Augsburg bereits einen ähnlichen Fall mit der Schafweidesiedlung in Göggingen. Damals zeigte sich die Stadt flexibel und handelte im Sinne der Schüler und Eltern. Dies sollte doch wohl jetzt auch möglich sein“, stellt Ulrike Bahr abschließend fest.